

Mit digitaler Bescheinigung schneller durch den Zoll

Die deutsche Wirtschaft ist mit ihren internationalen Lieferketten auf einen freien, globalen Welthandel angewiesen. Allerdings: Jedes Jahr berichten mehr deutsche Unternehmen mit Auslandsgeschäft über neue Handelshemmnisse – inzwischen sind es über 50 Prozent. Handelskonflikte wie die zwischen den USA und China oder den USA und der EU führten 2019 bei vielen Waren zu deutlichen Zollsteigerungen. Sanktionen haben mancherorts Handelsgeschäfte sogar gänzlich unterbunden. Das Ergebnis: Mehr Bürokratie, höhere Kosten, Produktionsengpässe und längere Lieferzeiten belasten die bislang erfolgreiche deutsche Außenwirtschaft. Aktuell kommen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie noch hinzu.

Elektronisches Ursprungszeugnis federt Mehraufwand von Handelskonflikten ab

Dank einer Digitalisierungsoffensive können die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zumindest einen Teil des bürokratischen Mehraufwandes abfedern, unter dem deutsche Betriebe bei internationalen Handelsgeschäften leiden. Die Ausstellung von elektronischen Ursprungszeugnissen (eUZ) für die deutsche Exportwirtschaft wurde mit der deutlich verbesserten IT-Anwendung „eUZ-Web“ spürbar vereinfacht und beschleunigt. Die Zahl der von der IHK-Organisation hierzulande ausgestellten Ursprungszeugnisse (UZ) kletterte als Folge weltweiter Handelskonflikte und zunehmender Anforderungen, den Warenursprung zu belegen, von 1,4 Millionen im Jahr 2018 auf den Rekordwert von mehr als 1,5 Millionen im letzten Jahr. Dabei erreichte der Anteil der elektronisch ausgestellten UZ im vergangenen Jahr mit 45 Prozent einen neuen Höchststand.

Elektronische Ursprungszeugnisse bringen Exportwirtschaft durch die Corona-Krise

Mit dem neuen „eUZ-Web“ sind die IHKs auch in Zeiten von Corona gut aufgestellt: Während des zeitweise weitgehenden Lockdowns stieg seit März bei vielen Unternehmen der Bedarf, UZ online vom Betriebsgelände oder vom Home-Office aus zu beantragen. So lag die Quote der elektronischen UZ im Juni 2020 bereits bei 63 Prozent.

Corona-Krise setzt Außenwirtschaft massiv zu

Gleichzeitig ist unverkennbar, dass die Corona-bedingten Einschränkungen der deutschen Außenwirtschaft wirtschaftlich enorm zusetzen. Mehr als drei Viertel der außenwirtschaftlich aktiven Unternehmen geben an, dass ihre Geschäfte unter der Pandemie leiden. Ein Beispiel für die Folgen von Corona liefert auch eine weiterer IHK-Service, das „Carnet“: Carnets sind eine Art Reisepass für Waren, die nur temporär – insbesondere für Ausstellungszwecke – ins Ausland gebracht werden. Die Zahl der von IHKs ausgestellten Carnets ging im zweiten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 73 Prozent zurück. Denn mit Messen, Sportevents, Kulturveranstaltungen und Auslandseinsätzen von Fachpersonal sind die wichtigsten Anwendungsbereiche für Carnets weggebrochen.

IHKs sind zentrale Ansprechpartner

Zur Bewältigung der stetig zunehmenden Handelshemmnisse stehen die IHKs Unternehmen bundesweit mit individueller Beratung zur Seite. 2019 zählte die IHK-Organisation mehr als 500.000 Unternehmensgespräche und -kontakte im internationalen Kontext. Und während der Corona-Hochphase nahm der individuelle Beratungsbedarf der Betriebe noch einmal stark zu. Akute Unternehmensanfragen unter anderem zu Reiseeinschränkungen, Grenzschießungen, Quarantänebestimmungen, zum Vorliegen „Höherer Gewalt“ (Force Majeure), zur Einfuhr und Ausfuhr von Corona-Schutzausrüstungen, zu Systemrelevanz, aber auch zu außenwirtschaftsbezogenen Hilfspaketen von Bund und Ländern rücken seit Anfang 2020 in den Vordergrund.

Über die individuelle Beratung hinaus bringt sich die IHK-Organisation kontinuierlich auf allen politischen Ebenen mit konkreten Vorschlägen ein, Drittlandsmärkte in Zeiten von Corona offen zu halten, internationale Wertschöpfungsketten zu stärken und Bürokratie im Außenwirtschaftsbereich abzubauen.